



## Sitzungsniederschrift

### öffentliche Sitzung des Umweltausschusses

Sitzungsort:	Stadt Norderney Aula, Kooperative Gesamtschule Norderney, An der Mühle 2	
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 23.02.2023	Niederschrift gefertigt am: 29.03.2023
	Beginn: 18:00 Uhr	Ende: 19:50 Uhr

#### **Anwesend:**

##### Vorsitzende/r

Herr Ronny Aderhold B90/Die Grünen

##### Mitglieder

Herr Jürgen Beißel SPD

Herr Thomas Blömer SPD

Vertretung für  
Frau Eggers

Herr Nico Ennen CDU

Herr Manfred Hahnen FDP

Frau Vera Heckelmann SPD

Herr Bernhard Onnen FWN

##### von der Verwaltung

Herr Frank Ulrichs Bürgermeister

Herr Holger Reising

Herr Frank Meemken

##### Protokollführer

Frau Sarah Wehrmaker

##### externes Mitglied

Herr Hartmut Andretzke

#### **Abwesend:**

##### Mitglieder

Frau Alexandra Eggers SPD

## **Tagesordnung:**

- TOP 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
- TOP 2** Genehmigung der Niederschrift der gemeinsamen öffentlichen Sitzung des Umweltausschusses und des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr vom 07.12.22
- TOP 3** Antrag BUND: Alternativen zur mechanischen Strandreinigung- Berücksichtigung bei der Erstellung der Bebauungspläne an den Strandabschnitten Weiße Düne bis Westkopf
- TOP 4** Bericht über städtische Baumpflegearbeiten und -pflanzungen
- TOP 5** Grünes Quartier Mühlenallee: Vorstellung der Planentwürfe für den Generationenpark und die Napoleonschanze
- TOP 6** Sachstandsmitteilung: Verfahren zur Neuaufstellung einer Baumschutzsatzung für die Stadt Norderney
- TOP 7** Sachstand: Wegekonzept Inselosten
- TOP 8** Mitteilungen der Verwaltung
- TOP 9** Anfragen und Anregungen
- TOP 10** Einwohner-/Einwohnerinnenfragestunde

## Protokoll

### zu TOP 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Es wird die neue Mitarbeiterin der Stadt aus dem Fachbereich III, zuständig für den Umweltbereich, vorgestellt.

Zu TOP 3 merkt RM Hahnen an, dass Verbände und beratende Mitglieder keine Anträge im Umweltausschuss stellen dürften. Die Verwaltung und der Vorsitzende Aderhold erwidern daraufhin, dass es sich hierbei um eine falsche Formulierung in der Tagesordnung handele und der BUND lediglich über das Thema referieren möchte.

Die Tagesordnung wird angenommen.

### zu TOP 2 **Genehmigung der Niederschrift der gemeinsamen öffentlichen Sitzung des Umweltausschusses und des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr vom 07.12.22**

Die Niederschrift verbleibt ohne Anmerkungen.

#### **Beschluss:**

Der Umweltausschuss genehmigt die Niederschrift über die gemeinsame Sitzung von Umweltausschuss und Ausschuss für Wirtschaft Tourismus und Verkehr (WTV) vom 07.12.22 mit 4 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen.

Der WTV stimmt in einer nächsten Sitzung gesondert ab.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	4
Nein:	0
Enthaltung:	3

### zu TOP 3 **Antrag BUND: Alternativen zur mechanischen Strandreinigung- Berücksichtigung bei der Erstellung der Bebauungspläne an den Strandabschnitten Weiße Düne bis Westkopf**

Herr Andretzke stellt die Problematik der mechanischen Strandreinigung und die daraus resultierenden Alternativen vor.

Der Hintergrund hierfür sei die Erstellung der Bebauungspläne für die Strände gewesen, die auch speziell für den Inselosten erstellt werden sollen. Der Strand habe nicht nur eine Bedeutung als Bade- und Erholungsregion, sondern auch als Erlebnisfaktor, vor allem im Spülsaum. Heutzutage sei dieser vermehrt verunreinigt durch Müllansammlungen, insbesondere Wohlstandsreste und Kunststoff. An den Stränden gebe es deshalb derzeit die mechanische Strandreinigung. Diese entferne den Müll vom Strand, aber entnehme ihm auch sehr viel Biomasse, wodurch der Strand nicht nur an Biodiversität, sondern auch an Erlebbarkeit verliere.

Bis 2022 sei am Nordstrand bis zur Oase mechanische Strandreinigung betrieben worden. Danach sei der Strandabschnitt zwischen Weißer Düne und Oase nur noch extensiv per Hand durch die Nationalparkverwaltung in Zusammenarbeit mit der Kurverwaltung gereinigt worden. Weiterhin seien 3-4 Strandinseln mit einer Länge von 200 m eingerichtet worden, welche nicht betreten werden dürften. Diese

Strandinseln stellen eine Kompensationsmaßnahme für den Eingriff ins Landschaftsbild durch den Bau von Aussichtsplattformen dar.

Der BUND schlägt vor, die Strandreinigung zwischen Weißer Düne und Oase händisch vorzunehmen und nur Plastik und Wohlstandsmüll zu entfernen. Der finanzielle Aspekt müsse hierbei allerdings geklärt werden, da die händische Reinigung weitaus kostenintensiver und aufwendiger sei.

Ein weiterer Vorschlag sei die Einstellung der maschinellen Reinigung zwischen Detmold und Weißer Düne.

Außerdem könne darüber nachgedacht werden, die händische Reinigung, an für die Maschine schwer zugänglichen Strandabschnitten, von Menschen durchführen zu lassen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Beschäftigung fänden.

Die Verwaltung ergänzt, dass Anfang Dezember Gespräche mit Fachbehörden und dem Staatsbad Norderney zum Thema Bebauungspläne Strände stattgefunden hätten. Dabei sei klargeworden, dass das Thema der Strandreinigung auch die Nationalparkverwaltung tangiere und die Auseinandersetzung gerade im Zusammenhang mit der Aufstellung der Bebauungspläne für die Strände unabdingbar sei. Der Plan sei, dass in der öffentlichen Bauausschusssitzung im April über den Sachstand berichtet werde. Im Laufe des Aprils gehe die Stadt dann in die frühzeitige Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung.

#### **zu TOP 4 Bericht über städtische Baumpflegearbeiten und -pflanzungen**

Die Verwaltung erläutert, dass der Anlass des Berichtes über städtische Baumpflegearbeiten und -pflanzungen das Verfahren zur Neuaufstellung der Baumschutzsatzung gewesen sei. Die Stadt wolle Transparenz schaffen und über die Maßnahmen zu diesem Thema informieren, damit in diesem Zusammenhang kein Unmut darüber entstehe, dass die Stadt sich anders verhalte als in der Baumschutzsatzung vorgesehen.

Es wird ein Plan gezeigt, in welchem alle Flächen gekennzeichnet sind, die von der Stadt, dem Staatsbad und der Wohnungsgesellschaft unterhalten bzw. betreut werden. Dazu gehörten etliche Straßen und Grünflächen wie der Kurzplatz, die Napoleonschanze, der Sportplatz, das Argonnerwäldchen, das Kap Hoorn sowie die Bürgermeisterwiese. Für das Ruppertsburger Wäldchen und das Erlenwäldchen sei die Stadt nicht zuständig, hier bestehe lediglich ein Wegevertrag mit dem Land Niedersachsen zur Herstellung der Verkehrssicherheit, für die die Stadt Norderney zuständig sei. Für den Zustand des Waldes insgesamt sei allerdings das Land Niedersachsen zuständig. Des Waldstücks südlich der Wetterwarte habe sich die Stadt vor etwa zehn Jahren angenommen. Nachdem ein Sturm nahezu die Hälfte des Baumbestandes vernichtet hatte, sei immer wieder vergeblich versucht worden, dort einen Wald zu etablieren.

Gegeben durch die besondere geographische Insellage und die vernachlässigte Baumpflege in den letzten Jahren, bestehe laut der Verwaltung das Problem der schnellwachsenden Monokulturen. Es gebe einen regelmäßigen Austausch mit den Landesforsten, welche die Empfehlung aussprächen, den Bestand zu reduzieren, indem die kleinen und schwächeren Bäume entfernt würden, um den restlichen Bäumen eine Chance zum Wachsen zu geben. Nur so habe der Wald die Möglichkeit, sich gesund zu entwickeln und zu erholen. Leider fehle oft das Verständnis für diese Art der Pflege in der Bevölkerung. Herr Kriesch, Obergärtner der TDN, betont, dass sich die Bäume anderenfalls nicht ausreichend entwickeln könnten, da sie sich Nährstoffe und Wasser gegenseitig wegnähmen. Deswegen sei es wichtig, den Baumbestand zu reduzieren und auszuforsten, damit die Bäume wieder eine Krone und einen Wurzelballen entwickeln könnten und so auch bei Sturm geschützt seien.

Die Verwaltung spricht das Thema der intensiven Baumpflegearbeiten in der Napoleonschanze Anfang des Jahres an. In diesem Bereich seien unterschiedliche Maßnahmen durchgeführt worden. So habe man u.a. die nachzuholende Pflege in den Randbereichen, die durch die Corona-Pandemie vernachlässigt worden waren, nachgeholt. Zudem seien Vorarbeiten für das Förderprojekt „Grünes Quartier Mühlenallee“ im Bereich der Waldkirche durchgeführt worden. Herr Kriesch erwähnt außerdem, dass es eine Vereinbarung gebe, dass der Bestand im Wald alle fünf Jahre durchgeforstet werden müsse. Durch die Pandemie und aus finanziellen Gründen seien einige Aufträge in den letzten Jahren zurückgezogen worden, wodurch jetzt akuter Nachholbedarf bestehe.

Ein weiteres Problem sei das Kastaniensterben. Die Miniermotte habe die Bäume geschwächt, später sei die Schwarzfleckenkrankheit dazugekommen. Diese führe zu einer Anfälligkeit gegenüber Bakterienkrankheiten. Einige Bäume hätten sich davon erholt, viele seien jedoch eingegangen, weswegen man sie habe fällen müssen.

Des Weiteren gebe es ein Eschensterben und ein Pilzbefall des Rotdorns, wodurch sich die Blätter im Sommer braun färbten. Ein weiterer Pilzbefall bestehe bei den Mehlbeeren, welcher einige Abholzungen zur Folge gehabt habe.

Die Verwaltung spricht das Thema der Verkehrssicherungspflicht und der Wiederherstellung des Lichtraumprofils an. Dieses sei gerade an den Stellen mit erhöhtem Begegnungsverkehr von Bedeutung. Dazu gehöre auch, Äste oder ganze Bäume zu entfernen, sofern diese drohten, auf die Straße zu fallen oder den Verkehrsweg zu behindern.

Weiterhin wird berichtet, dass einige Bäume, die ursprünglich gefällt werden sollten, durch den Bewuchs einer geschützten Flechtenart stehen gelassen werden müssten, da das Fällen hier eine Ordnungswidrigkeit darstelle. Sie seien deshalb aus Sicherheitsgründen nur zurückgeschnitten worden und stünden weiter unter Beobachtung.

Auch der Kaninchenbestand sei eine konstante Schwierigkeit, da die TDN nicht mehr wüssten, welche Pflanzen sie auf der Insel pflanzen sollen, ohne dass sie von den Kaninchen ausgebuddelt oder gefressen würden. Mittlerweile müsse nahezu jede Neuanpflanzung mittels Drahts eingezäunt werden. Das Problem hierbei sei, dass einige BürgerInnen den Fraßschutz entfernten, um den Kaninchen die Nahrungsaufnahme zu erleichtern. Viele Bäume müssten deswegen im kommenden Jahr gefällt werden, da die Rinde zu stark beschädigt sei.

Die Verwaltung spricht die Problematik der Trockenheit auf der Insel an. Durch den Klimawandel und die damit verbundenen geringen Niederschläge und höheren Temperaturschwankungen sei die Bewässerung der Bäume, auch im Hinblick auf den sehr durchlässigen Boden auf der Insel, ineffizient. Eine vielversprechende Lösung hierfür seien die auf der Insel vielfach eingesetzten Wassersäcke. Sie seien zwar aus Plastik, aber sie hielten die Bäume durch die kontinuierliche Wasserabgabe und den gleichzeitigen Verbisschutz am Leben.

Das bereits erwähnte Waldstück an der Wetterwarte stelle für die Stadt hinsichtlich der Wiederansiedlung einer Waldstruktur eine Herausforderung dar. Im Jahr 2022 habe es deswegen einen Ortstermin mit der unteren Naturschutzbehörde gegeben, in dem man sich darauf geeinigt habe, nicht weiter an dem zuvor festgelegten Biotoptyp festzuhalten, sondern schnell wachsende Bäume wie Ahorne und Pappeln durch den Eintrag von Kompost und Laub zu sähen. Die Kosten, bestehend aus städtischen, aber auch privaten Mitteln, seien in diesem Projekt bislang durch den hohen Unterhaltungsaufwand und die Investitionen in die Pflanzen enorm gewesen.

Herr Andretzke, in seiner Funktion als Vorsitzender des BUND, spricht sich gegen die Etablierung eines Waldes auf der Fläche aus. Es solle davon abgesehen werden, eine Fläche zu bepflanzen oder zu bewalden, sofern kaum Grundwasser vorhanden sei bzw. der Boden das Wasser nicht halten könne und der Erfolg ausbleibe. Der BUND sei dafür, die Fläche als Dünenstruktur zu definieren und dementsprechend zu erhalten, auch um Kosten einzusparen. Die Verwaltung erklärt, ihr sei bewusst, dass die Fläche nicht für eine Waldstruktur prädestiniert sei. Die Landesforsten hätten sie allerdings nach dem Niedersächsischen Waldgesetz als Waldfläche definiert. Somit gelte es, diesen Wald zu erhalten. Weiterhin stellt die Verwaltung die Frage in den Raum, wie die Maßnahme zu kompensieren sei, wenn es nicht gelinge, den Wald zu erhalten.

Die Verwaltung erläutert das Vorgehen am neuen Seniorenzentrum „To Huus“. Vor dem alten Gebäude teil des Altenheims habe es einen Vorgarten mit einem massiven Baumbestand gegeben. Im Vorfeld der Maßnahme, zum Abriss des alten Gebäudeflügels, und in Vorbereitung auf das Förderprojekt „Grünes Quartier Mühlenallee“ habe man 10-12 Bäume entfernen müssen. Auf dem neuen Grundstück seien 30 neue Bäume gepflanzt worden. An der Mühle seien ebenfalls Anpflanzungen seitens der Stadt und der Wohnungsgesellschaft (WGN) vorgenommen worden. Weitere Anpflanzungen seien zukünftig in der Mühlenstraße, im neu entstehenden Generationenpark und in der Napoleonschanze in Form von Pflanzinseln geplant.

RM Heckelmann fragt, wer die Pflegemaßnahmen im Kiefernwäldchen (Ruppertsburger Wäldchen) übernehme, da erwähnt worden sei, dass die Stadt nur für die Verkehrssicherung zuständig sei. Die Verwaltung antwortet, dass das Land Niedersachsen für alles zuständig sei, was innerhalb der Fläche passiere. Auf die Nachfrage, ob und wie oft das Land seinen Pflichten nachkomme, antwortet die Verwaltung, dass Mitarbeiter des Landes unregelmäßig auf die Insel kämen, um die Situation zu begutachten.

Herr Andretzke stellt die Frage, warum in der Napoleonschanze sehr starke Bäume mit einem Durchmesser von bis zu 60 cm entnommen worden seien und merkt an, dass Alt- und Totholz auch in den Wald eingebracht werden könne. Außerdem fragt er nach, wie mit der invasiven Trockenkirsche umgegangen werde, die sich immer weiter auf der Insel, aber vor allem im Kiefernwald, ausbreite. Herr Kriesch berichtet, dass es im Januar einen gemeinsamen Ortstermin mit Herrn Stucken und Herrn Linders gegeben habe, in dem die weiteren Maßnahmen abgesprochen worden seien. Im Bereich der Waldkirche solle der Wallcharakter herausgearbeitet werden. Dazu hätten einige Bäume entnommen werden müssen. Zu dem Thema Trockenkirsche im Kiefernwald könne er nichts sagen, da die Stadt hier nur für die Verkehrssicherung zuständig sei. Die Verwaltung werde sich mit dem Land diesbezüglich in Verbindung setzen. Herr Kriesch wird verabschiedet und verlässt die Veranstaltung.

## **zu TOP 5    Grünes Quartier Mühlenallee: Vorstellung der Planentwürfe für den Generationenpark und die Napoleonschanze**

Die Verwaltung stellt das Projekt vor. Dieses werde vom Förderprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ unterstützt. Begonnen habe das Projekt mit der Überschrift „Vernetzung der innerstädtischen Grünräume in Ost-West- und Nord-Süd-Richtung“. Konkret handele es sich um die drei Projekte „Mühlenstraße“, „Generationenpark“ sowie „Napoleonschanze“.

In der Mühlenstraße werde derzeit gebaut, diese Maßnahme sei jedoch bereits in anderen Sitzungen erläutert worden. Im Zuge der Projektierung dieser Maßnahme sei der Verwaltung aufgefallen, dass die öffentliche Kommunikation nicht optimal gewesen sei. Für die folgenden Teilprojekte sei eine Verbesserung geplant.

Die Verwaltung stellt das Teilprojekt „Generationenpark“ vor. Ziel des Projekts sei es, die Fläche, rückwärtig des Altenheims zwischen den Altenheim-Wohnungen und der Feuerwehr, zu attraktivieren und einen Park und Treffpunkt für ein kommunikatives Miteinander unterschiedlicher Altersklassen zu schaffen. Es sei geplant, die ankommenden Wegestrassen zu einem Wegenetz innerhalb des Parkes zu verbinden. Im Nordosten der Fläche sei der zentrale Platz des Parks angesiedelt. Es solle dort ein Aufenthaltsort mit einer Pergolastruktur und Sitzmöglichkeiten geschaffen werden. Rückseitig werde der Platz mit einer Blutbuchenhecke und Strauchpflanzungen eingefasst. Weiterhin sei im Osten der Fläche ein durch Buchenhecke und Zaun eingefasster Blühgarten geplant. Längs der Wege sei geplant, unterschiedliche Sinnesstationen zu platzieren. Wichtig bei diesem Projekt sei die barrierefreie Wegeverbindung und die Schaffung von Freiflächen, welche sinnvoll genutzt werden sollen. Im Großen und Ganzen solle eine Möglichkeit geschaffen werden, um innerhalb der Nachbarschaft generationenübergreifend in Kontakt treten zu können. Die Verwaltung betont, dass zwar ein kommunikativer, aber dennoch ruhiger Ort geschaffen werden solle und zeigt zur Visualisierung eine perspektivische Darstellung der einzelnen Bereiche.

Die Verwaltung verweist in diesem Zusammenhang auf die Infoveranstaltung am 02.03.2023, in der die Entwurfsplanung des Generationenparks öffentlich vorgestellt werden solle.

In der Napoleonschanze sei unter anderem der Umgang mit dem Denkmal und den Einbauten vor Ort ein wichtiges Thema, da die Waldkirche das älteste Kulturdenkmal der Insel darstelle. Der Eingang zur Waldkirche solle herausgearbeitet und inszeniert werden, um die BesucherInnen für den Umgang mit den historischen Elementen zu sensibilisieren.

Mit dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege und den Landesforsten habe es Gespräche gegeben, ob es sich bei der Napoleonschanze inklusive Waldkirche definitionsgemäß um einen Park oder einen Wald handele. Geeignet habe man sich schließlich auf eine Zonierung der Anlage in einen Wald- und einen Parkabschnitt.

Die vorhandene Wegeführung werde sich zukünftig stärker an der historischen Wegeführung orientieren. Dies bedeute eine Wiederherstellung von kurvigeren und differenzierten Wegen sowie den Rückbau bzw. die Bepflanzung von einzelnen Wegstrecken. Verkehrs- und Wegeplanungen könnten jedoch erst finalisiert werden, wenn die Ergebnisse zum Verkehrs- und Mobilitätskonzept vorlägen.

Die Promenade an der Nordseite des Schwanenteichs solle aufgewertet werden, um die touristische Attraktivität zu steigern und den Charakter eines Aufenthaltsortes herauszuarbeiten.

Im unteren Bereich der Waldkirche solle durch Auflichten der Vegetation die Verwaltung erkennbar gemacht werden, um eine Raumwirkung der Waldkirche zu erhalten. Die Funktionen der unterschiedlichen Flächen sollen umorganisiert werden, sodass eine multifunktionale Nutzung realisierbar sei.

Der Schwanenteich solle in seine historischen Ausmaße rekonstruiert werden. Weitere Schilfpflanzungen zur Schaffung von Rückzugsorten für die Wasservögel seien ebenfalls geplant.

Im März würden zur Wiederherstellung des historischen Profils des Teiches archäologische Sondierungen an dieser Stelle stattfinden.

Ein großes Thema bei der Planung sei außerdem die gesunde Entwicklung des Waldes und des Baumbestandes. Innerhalb der Zonierung gebe es geschützte Bereiche, in denen klimaangepasste Nachpflanzungen geplant seien.

Die Verwaltung verweist auch hier auf die Infoveranstaltung am 23.03.2023, bei der das Projekt der Öffentlichkeit vor Ort vorgestellt werde.

## **zu TOP 6 Sachstandsmitteilung: Verfahren zur Neuaufstellung einer Baumschutzsatzung für die Stadt Norderney**

Die Verwaltung erklärt, dass die Baumschutzsatzung Ende des letzten Jahres mit einigen Änderungen erneut ausgelegt worden sei. Seitens der BürgerInnen habe es bei dieser Auslegung keine Stellungnahmen gegeben. Einige Träger öffentlicher Belange hätten aber Stellungnahmen eingereicht.

Die Nationalparkverwaltung sei zwar nicht betroffen, habe aber nochmals auf das Thema der Vermeidung der Etablierung von Neophyten auf der Insel angesprochen. Außerdem empfehle sie, ausschließlich registriertes Saatgut zu verwenden. Die Verwaltung werde noch prüfen, inwieweit sich dies umsetzen lasse.

Das Amt für regionale Landesentwicklung weise darauf hin, dass nicht zwangsläufig der Eigentümer für die Nutzungen und Handlungen auf dem jeweiligen Grundstück verantwortlich sei. Der Vorschlag sei, neben der Nennung des Eigentümers auch den Nutzungsberechtigten in die Formulierung des Satzungsentwurfes mit aufzunehmen.

Der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) merke an, dass nicht nur die Deiche von der Satzung ausgenommen werden müssten, sondern auch die Deichschutzzone und das Deichvorland.

Die Verwaltung werde für die nächste Umweltausschusssitzung den Abwägungs- und Satzungsbeschluss zur Abstimmung vorbereiten. Sie spreche ihren Empfehlungsbeschluss aus. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass in der nächsten Sitzung darüber abgestimmt werde.

## **zu TOP 7 Sachstand: Wegekonzept Inselosten**

Der Vorsitzende gibt eine kurze Einführung in das Thema. Die Verkehrssituation im Inselosten sei untersucht worden. Es seien verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt worden, wie ein zukünftiges Verkehrssystem etabliert werden könne.

Die Verwaltung bittet die Parteien darum, ihre Ideen zu dem Thema kurz vorzustellen.

Die SPD ist der Meinung, dass sowohl die Fußgänger als auch die Radfahrer den Inselosten bereisen können sollten. Aus diesem Grund wünsche die SPD eine Verbreiterung des Zuckerpads. Dafür müsse man Wege als Kompensationsmaßnahme zurückbauen. Dies müsse dann in Abstimmung mit der Nationalparkverwaltung geschehen.

Die FDP spricht sich für eine Beibehaltung des Radwegenetzes und der Wanderwege aus. Die Stellen, an denen Radfahrer und Fußgänger erlaubt seien, sollten unter Bestandsschutz gestellt werden. Der Zuckerpad solle verbreitert werden. Sofern dies nicht möglich sein sollte, sei die Idee, den Zuckerpad für Fußgänger zu sperren und nur für Radfahrer freizugeben.

Der CDU ist wichtig, dass der Zuckerpad wieder für Fuß- und Radfahrer nutzbar gemacht werden könne. Hierfür müsse überlegt werden, inwieweit sich eine Verbreiterung realisieren und kompensieren ließe. Die Idee sei, Ausgleichflächen zu schaffen, indem unbenutzte Wege entsiegelt oder zurückgebaut werden.

Die FWN ersehen den Zuckerpad als erhaltenswert. Er solle für Radfahrer und Fußgänger durch eine Verbreiterung nutzbar gemacht werden. Als Ausgleichsmaßnahme schlage die Partei die Verstärkung und Erhöhung des Grohdepolderdeiches vor.

Die Fraktion Bündnis 90/Grüne fordert eine nachhaltige und zukunftsfähige Lösung. Sie gehe davon aus, dass der Radverkehr zukünftig zunehmen werde, weswegen sie vorschlage, den Karl-Rieger-Weg zu

einer Fahrradstraße umzuwidmen. Diese Maßnahme sei kurzfristig umsetzbar und die Kosten hielten sich gering. Der Zuckerpfad solle weiterhin für Radfahrer gesperrt oder unattraktiver für den Radverkehr gestaltet werden. In erster Instanz sollte er als Wanderweg vorgesehen werden.

Die Verwaltung erläutert, dass sie sich in stetiger Rücksprache mit der Verkehrsbehörde des Landkreises Aurich befinde, um eine langfristige Lösung zu erarbeiten. Des Weiteren zeige sich die Nationalparkverwaltung sehr kooperativ und unterstütze die Stadt bei der Umsetzung und Planung der Maßnahme. Sie erwarte ein umfassendes und gleichzeitig nachhaltiges Wegekonzept. Zukünftig müsse ermittelt werden, welche Ausmaße die jeweiligen Eingriffe in den Naturraum hätten und welcher Ausgleich dafür geschaffen werden müsse. Hierfür sei eine detailliertere Biotopkartierung der Fläche vonnöten. Das Ergebnis sei bislang ungenau aber positiv, da nach aktueller Planung kein Verlust prioritärer Lebensräume vorliege. Die Verwaltung spricht sich demnach dafür aus, das Projekt weiterzuführen. Maßgeblich dafür sei die Eingriffsbilanzierung, wofür eine bessere Datengrundlage, in Form von einer Kartierung, unabdingbar sei. Ziel sei es am Ende, ein bis drei Varianten vorzustellen, über welche dann abgestimmt werden könne. Es wird auf Nachfrage der Verwaltung im Plenum entschieden, dass dieses Projekt weitergeführt werden solle.

## **zu TOP 8    Mitteilungen der Verwaltung**

Die Verwaltung zeigt die Auswertung der Ergebnisse der Auftakt-Veranstaltung zur ersten Sitzung des Umweltausschusses vom 21.06.2022. Sie habe die Themen und Vorschläge in einer Matrix zusammen- bzw. gegenübergestellt, um eine Übersicht der Schwerpunkte zu erhalten. Geplant sei es, mit dieser Tabelle zukünftig zu arbeiten, um Prioritäten herauszukristallisieren und die Themen- und Konsensfindung zu erleichtern. Zur Vervollständigung und Aktualisierung werde die Verwaltung zeitnah die Tabelle in digitaler Form an alle Parteien versenden, um ein entsprechendes Meinungsbild zu erhalten.

Die Verwaltung berichtet, dass das Staatsbad Norderney den Beschluss für die rauchfreien Strände für die kommende Saison an den Stränden, analog zum Weststrand, umsetzen werde. Zu dem Thema der Umweltverschmutzung durch Zigarettenkippen werde weiterhin recherchiert, da nicht nur das Sammeln, sondern auch das Zurückführen und Recyceln organisiert werden müsse.

Für die wild gewegeworfenen Zigarettenstummel sei in erster Linie der Landkreis zuständig. Der Fachbereich II sei mit dem Landkreis im Gespräch, ob es möglich sei, die Zuständigkeit zu übertragen. Das Problem sei allerdings, dass der Stadt Norderney die Kapazität an Vollzugsbeamten fehle.

## **zu TOP 9    Anfragen und Anregungen**

Der Vorsitzende führt an, dass die Mitarbeiter der Kläranlage die Mitglieder des Umweltausschusses zu einer Führung und Besichtigung einladen. Es solle zeitnah ein gemeinsamer Termin für alle Interessierten ausgemacht werden.

Die Partei Bündnis 90/Die Grünen spricht die Situation der Bepflanzung auf dem Parkplatz C an. Sie spreche sich für die Aufbereitung einer öffentlichen Information aus. Es wird gefragt, warum die Baumstümpfe noch auf dem Parkplatz stünden, obwohl geplant gewesen sei, sie zu entfernen. Außerdem wird die Frage nach der weiteren Planung für den Parkplatz C und die damit verbundenen Ausgleichsmaßnahmen gestellt. Weiterhin sei nicht klar, ob die geplanten 100 niedrig gewachsenen Gehölze tatsächlich gepflanzt worden seien. Die Partei gibt diese Fragen zur Klärung an die Verwaltung weiter.

Herr Andretzke spricht den Amphibienschutz an. Eine Beschilderung zur Warnung vor der Krötenwanderung in der Richthofenstraße sei nicht möglich, da an gleicher Stelle die Schilder für die Boßelstrecke angebracht worden seien. Die Verwaltung antwortet, dass sie beim zuständigen Fachbereich nachfragen werde.



## zu TOP 10 Einwohner-/Einwohnerinnenfragestunde

Herr Wilko Luttmann verweist auf das Thema der Ahndung des Wegwerfens der Zigarettenkippen und fragt, wann mit einer Antwort bzw. endgültigen Entscheidung des Landkreises über die Zuständigkeiten zu rechnen sei. Die Verwaltung erwidert, dass sie hierzu keine Perspektive geben könne.

Herr Luttmann fragt, ob die zuständigen Behörden regelmäßige Kontrollen und Ortstermine im Rupertsburger Wäldchen und im Erlenwäldchen durchführten und ob diese sich über den Zustand des Waldes bewusst seien. Die Verwaltung antwortet, sie wisse, dass sich die zuständigen Stellen ihre Wälder mehrmals im Jahr ansähen, sie wisse aber nicht, welche Maßnahmen daraus folgten. Sie fügt hinzu, dass sie das Thema bei den zuständigen Stellen ansprechen werde.

Herr Luttmann fragt zum Thema Zuckerpad, ob unter den Varianten, die vorgestellt und zur Abstimmung gebracht werden sollen, auch der Vorschlag enthalten sei, den Zuckerpad ausschließlich für Radfahrer freizugeben, um das Problem der Ausgleichsflächen zu umgehen. Die Verwaltung antwortet, dass dies ein Thema sei, mit dem sich die Planenden auseinandersetzen müssten und dass sie dazu zu diesem Zeitpunkt noch nicht viel sagen könne.

Es wird von Herrn Bernd Geismann angeregt, einen Pflegeschnitt bei den Bäumen an der Streuobstwiese vorzunehmen, da die Obstbäume hier total verwaist seien. Die Verwaltung antwortet, dass sie es an die Zuständigen weitergeben werde.

Zu der Problematik des Parkplatzes C wird seitens des Herrn Geismann ergänzt, dass hier drei Reihen der geplanten zehn Strauchpflanzungen vorgenommen worden seien und deshalb noch Nachpflanzbedarf bestehe. BM Ulrichs erwidert, dass ein Großteil der Bäume, die seinerzeit gestutzt worden waren, neu austrieben und sich besser erholten als die Neuanpflanzungen anwüchsen.

Weiterhin wird von Herrn Geismann erwähnt, dass die Boßelsaison in naher Zukunft beendet sein werde und in der kommenden Woche die Schilder für die Krötenwanderung aufgestellt werden könnten.

Die letzte Bürgerfrage des Ratsmitglieds Wehlage zielt auf die Kosten der mechanischen Strandreinigung ab. Der Geschäftsführer der Staatsbad GmbH Herr Loth antwortet, dass es sich um mehrere 10.000 € im Jahr handele, er die genauen Zahlen nicht wisse, sie aber in Erfahrung bringen werde. Er betont, dass das Staatsbad mit der Nationalparkverwaltung im Gespräch über die Ausgleichmaßnahmen sei.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Ronny Aderhold  
Vorsitzender

Frank Ulrichs  
Bürgermeister

Sarah Wehrmaker  
Protokollführer